Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Zifferansatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 30. Sonntag den 30. Januar 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, den 2. Februar 1887, Abends 6½ Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Reclamationen gegen Wahlen in die städtischen Einschätzungscommissionen event. Ersatzwahlen.
II. Bericht des Schulausschusses über: a) Specialbudget „Volksschulen" ausschließlich Fortbildungsschule für Mädchen Ausgaben Pos. 19 und Volksschulen Ausgaben Pos. 114, b) Tonto 6 „Schulen" des Haushaltplanes für das Jahr 1887.
III. Bericht des Stiftungs-, Finanz- und Verfassungsausschusses über die Rathsvorlagen, betr. ein Abkommen wegen des Frege'schen Vermächtnisses zur Errichtung einer Besserungsanstalt für verwahrloste Kinder, event. Wahl eines Mitgliedes in das Curatorium der Fregestiftung.

Bekanntmachung,

Reichstagswahl betreffend.

Die wegen der Wahl eines Abgeordneten zum Deutschen Reichstage für hiesige Stadt aufgestellte Wählerliste wird während der Zeit **vom 23. bis mit 30. Januar dieses Jahres** täglich Vormittags von 8 bis 1 Uhr und Nachmittags 3 bis 7 Uhr im **Stadthause**, Obstmarkt 3, 1. Etage, Zimmer Nr. 87, zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Unter Hinweis auf §. 3 des zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag erlassenen Reglements vom 28. Mai 1870 wird dies mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß, wer die Liste für unrichtig oder unvollständig hält, dies **innerhalb acht Tagen** nach dem Beginn der Auslegung, also bis mit 31. ds. Mts. bei uns schriftlich anzeigen oder bei dem in dem angegebenen Locale anwesenden Beamten zu Protokoll geben kann und die Beweismittel für seine Behauptungen, falls dieselben nicht auf Notorietät beruhen, beibringen muß.

Leipzig, am 21. Januar 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. N.

Bekanntmachung.

Der am 1. Februar dieses Jahres fällige erste Termin der Staatsgrundsteuer ist in Gemäßheit des Gesetzes vom 9. September 1843 in Verbindung mit der durch das Gesetz vom 3. Juli 1878 getroffenen Aenderung nach

Zwei Pfennigen von jeder Steuereinheit

zu entrichten.

Die Steuerpflichtigen werden daher hierdurch aufgefordert, ihre Steuerbeiträge nebst der städtischen Grundsteuer, welche an demselben Tage mit

Eins vom Tausend des im Kataster eingestellten Grundwerths

fällig wird, von genanntem Tage ab bis spätestens 14 Tage nach demselben an unsere Stadt-Steuereinnahme, Stadthaus, Obstmarkt Nr. 3 parterre rechts, abzuführen, da nach Ablauf der Frist die gesetzlichen Maßnahmen gegen die Säumigen eintreten müssen.

Leipzig, **den 26. Januar 1887.**

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Koch.

Nutzholzauction.

Freitag, den 4. Februar c. sollen im Forstrevier **Burgaue** auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage in Abtheilung 10 und 15 zwischen der **Fluthrinne** und der **Wahrener Grenze**, dicht am **Leutzsch-Wahrener Fahrwege, von Vormittags 9 Uhr an**

73 Eichen-
174 Buchen-
19 Linden-
15 Maßholder-
7 Eschen-
7 Ahorn-
12 Rüstern-
2 Apfelbaum- u.
4 Ellern-
} **Nutzklöße** und
30 Stück **Schirrhölzer**

unter den im Termin öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem obengenannten Schlage.

Leipzig, am 21. Januar 1887.

Des Raths Forst-Deputation.

Nutzholzauction.

Montag, den 7. Februar c. sollen im Forstrevier **Connewitz** die auf der **neuen Eisenbahnlinie** im Apitzsch-, Mühl- und Streithalze aufbereiteten Nutzhölzer, als:

ca. 60 Eichen-
60 Weißbuchen-
10 Ahorn-
59 Eschen-
100 Rüstern- und
60 Ellern-
} **Nutzklöße,** sowie
40 Eschen- und
23 Rüstern-
} **Schirrhölzer,**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf der Eisenbahnlinie im sogenannten **Apitzsch,** unweit der hohen Brücke bei Connewitz, **Vormittags 9 Uhr.**

Leipzig, am 22. Januar 1887.

Des Raths Forstdeputation.

Realschule Reudnitz.

Anmeldungen neuer Schüler für Ostern 1887 nimmt der Unterzeichnete Donnerstag, den 3., und Freitag, den 4. Februar, Vormittags von 10—12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 5 Uhr, sowie jeden Schultag von 11—12 Uhr im Realschulgebäude entgegen. Die Knaben sind dem Unterzeichneten vorzustellen, und haben Taufzeugniß (oder Geburtsschein), Impfschein und letzte Michaelis-Censur mitzubringen. Zu weiterer Auskunft ist jederzeit bereit

Reudnitz, den 22. December 1886. **Dr. J. Heubner.**

Bekanntmachung.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachungen vom 23. December 1886 beziehentlich 12. und 23. Januar 1887 bringen wir hiermit zur Kenntniß, daß außer den in jenen Bekanntmachungen aufgeführten Cassen die folgenden **hier bestehenden** eingeschriebenen Hilfscassen und zwar:

1) **die Kranken- u. Sterbecasse der „Böttchergehilfen";**
2) **die Kranken- und Begräbniß-Unterstützungscasse zum „Banner";**
3) **die Kranken- und Begräbnißcasse für die Mitglieder des Vereins Leipziger „Buchdruckergehilfen";**
4) **die „Krebs'sche" Kranken- und Begräbnißcasse;**
5) **die Kranken- und Begräbnißcasse „Solidarität"**

dem §. 75 in Verbindung mit §. 6 des Gesetzes vom 15. Juni 1883 nicht Genüge leisten.

Wir nehmen deshalb Veranlassung, diejenigen Herren Arbeitgeber, bei denen sich versicherungspflichtige Mitglieder dieser Cassen in Beschäftigung befinden, darauf aufmerksam zu machen, daß die Letztern nunmehr innerhalb der gesetzlichen Frist bei der Ortskrankencasse zur Anmeldung zu bringen sind.

Leipzig, am 30. Januar 1887.

Die Ortskrankencasse für Leipzig und Umgegend.
Albert Brockhaus,
Vorsitzender.

Bekanntmachung,

die Anmeldung schulpflichtiger Kinder betr.

Nach §. 4 des Gesetzes vom 26. April 1873 hat jedes Kind die Volksschule seines Aufenthaltsortes acht Jahre lang, vom vollendeten sechsten bis zum vollendeten vierzehnten Lebensjahre, ununterbrochen zu besuchen. Es sind daher diejenigen Kinder, welche bis zum 1. April d. Js. das sechste Lebensjahr vollenden, zu Ostern d. Js. der Schule zuzuführen und

vom 31. Januar bis 9. Februar d. Js.

Vormittags 10 bis 12 Uhr und Nachmittags 2 bis 4 Uhr bei dem Director der Bürger- oder Bezirksschule, welche die Kinder besuchen sollen, anzumelden. Dabei ist für jedes anzumeldende Kind ein Tauf- oder Geburtszeugniß, sowie ein Impfschein und von Seiten der fremder Religionsgesellschaft angehörenden Dissidenten eine schriftliche Erklärung darüber vorzulegen, in welcher Religionslehre die Kinder unterrichtet werden sollen.

Sollen gebrechliche, kränkliche oder geistig unreife Kinder vom Besuche der Schule über das gesetzliche Eintrittsalter hinaus zurückgehalten werden, so ist die Genehmigung dazu bei dem Schulausschusse unter Beibringung ärztlichen Zeugnisses schriftlich nachzusuchen.

Wer diesen Vorschriften zuwiderhandelt, hat sich der gesetzlichen Maßnahmen zu gewärtigen.

Leipzig, am 21. Januar 1887.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Panig. Lehnert.

Holzauction.

Donnerstag, den **10. Februar c.** sollen im Forstreviere **Burgaue** auf dem diesjährigen Mittelwaldschlage in Abth. 10 und 15 zwischen der **Fluthrinne** und der **Wahrener Grenze,** dicht am **Leutzsch-Wahrener Fahrwege, von Vormittags 9 Uhr** an

24 Rmtr. Eichen-**Nutzscheite** I. und II. Classe,
220 „ Eichen-
35 „ Buchen-
1 „ Ahorn- und
2 „ Rüstern-
} **Brennscheite**

unter den im Termine öffentlich aushängenden Bedingungen und gegen die übliche Anzahlung meistbietend an Ort und Stelle verkauft werden.

Zusammenkunft: auf dem obengenannten Schlage.

Leipzig, am 21. Januar 1887.

Des Raths Forst-Deputation.

Katholische Bürgerschule.

Ostern 1887 sind diejenigen Kinder der Schule zuzuführen, welche bis zum 1. April laufenden Jahres das sechste Lebensjahr erfüllt haben, auch werden auf Wunsch der Eltern oder Erzieher solche Kinder aufgenommen, die mit dem 30. Juni dieses Jahres ihr sechstes Lebensjahr vollenden.

Anmeldungen haben Montag, den 31. Januar, Dienstag, den 1., Donnerstag, den 3. Februar, Nachmittags zwischen 2 und 4 Uhr, und Freitag, den 4. Februar, Vormittags zwischen 8 und 12 Uhr, in der Expedition des Unterzeichneten, Nabelstraße 3, III., zu erfolgen.

Von den aufzunehmenden Kindern, welche in der hiesigen katholischen Pfarrkirche getauft worden sind, ist nur der Impfschein, von den übrigen aber sind das Tauf- oder Geburtszeugniß und der Impfschein vorzulegen.

Leipzig, 24. Januar 1887.

J. Löbmann, Director.

Nichtamtlicher Theil.

Die deutschfreisinnige Partei.

Eine eigenthümliche Rolle in der gegenwärtigen Wahlbewegung spielt die deutschfreisinnige Partei. Ihre Anhänger haben allmälig eingesehen, daß sie durch Verwerfung des Septennats einen Fehler begangen haben; sie bemühen sich deshalb, das Septennat als Nebensache hinzustellen, die Frage, wie die Kosten dafür gedeckt werden sollen, als Hauptsache. Daher die Gegenüberstellung von Reichseinkommensteuer und Monopolen. Diese Taktik wurde aber nur bis zu der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 24. Januar befolgt, denn nach den Erklärungen des Reichskanzlers in dieser Sitzung hatte die Monopolfurcht keinen Sinn mehr, ebensowenig wie die Furcht vor Abschaffung des Allgemeinen Wahlrechts, welche die Freisinnigen als zweites Schreckmittel benutzten.

Bekanntlich erklärte der Abgeordnete Richter in jener Sitzung die Macht der Krone durch den Reichskanzler gefährdet, und der Kanzler griff diese Bemerkung auf, um die Aufforderung daran zu knüpfen, daß der Abgeordnete Richter doch die Erschütterung der Krone durch den Reichskanzler zur Wahlparole erheben möge. Der Abgeordnete Richter hat dieser Aufforderung dem Sinne, aber nicht dem Wortlaute nach entsprochen und zur Einleitung der neuen Wahltaktik folgenden Satz in der „Freisinnigen Zeitung" vorausgeschickt: „Eine Wahlparole „Fort mit Bismarck" hätte nicht den mindesten Sinn, denn Jedermann weiß, daß Kaiser Wilhelm den Reichskanzler niemals entlassen wird. Sollte sich aber im Laufe der nächsten Wahlperiode ein Thronwechsel ereignen, so wird der Thronfolger selbst wissen, was er zu thun hat." Der Abgeordnete Richter ist also der Meinung, daß die Stellung des Reichskanzlers nur so lange gesichert ist, als der Kaiser regiert, daß aber ein Thronwechsel einen Umschwung herbeiführen werde. Abgesehen von der Unziemlichkeit, welche in der öffentlichen Erörterung der möglicherweise mit einem Thronwechsel verbundenen Veränderungen liegt, hat die neue Wahltaktik des Organs des Herrn Richter auch noch den Nachtheil, daß sie durch die Thatsachen sehr leicht widerlegt werden kann, denn es sind gar keine Anhaltspuncte dafür vorhanden, daß der Reichskanzler eine den Wünschen und Meinungen des Kronprinzen widersprechende Politik verfolgt, im Gegentheil spricht der fortdauernde persönliche Verkehr des zukünftigen Kaisers mit dem leitenden Staatsmanne für das vollständige Einverständniß Beider über die Behandlung der großen Zeitfragen.

Unzweifelhaft erhellt aus der Taktlosigkeit der „Freisinnigen Zeitung", daß Herr Richter in der größten Verlegenheit ist, wie er die Reichstagswahlen zu Gunsten der „freisinnigen" Partei verwenden soll. Auch sein Gesinnungsgenosse Virchow giebt sich die größte Mühe, das Richtige zu treffen, er kommt aber auch nicht über allgemeine Redensarten hinaus. In einer Berliner Wahlversammlung der freisinnigen Partei, des sogenannten Potsdamerthor-Bezirksvereins, wendete er sich nicht nur an die freisinnigen, sondern auch namentlich an die socialdemokratischen Wähler mit der Aufforderung, fest zusammenzustehen, damit die bisherige Mehrheit des Reichstages, die sich der Reaction entgegenstellte und die Würde und die Rechte des Reichstages zu sichern gesonnen sei, erhalten bleibe.

Die Aufforderung des Abgeordneten Virchow würde nur dann einen Sinn haben, wenn die Mehrheit des neuen Reichstages, welche durch die Anhänger des Septennats hoffentlich zu Stande kommen wird, gesonnen wäre, für die Reaction zu arbeiten und die Würde und die Rechte des Reichstages preiszugeben. Wir verzichten darauf, uns gegen diesen Angriff des Abgeordneten Virchow zu vertheidigen, wir wollen dagegen nicht verschweigen, daß die in jener Versammlung anwesenden Socialdemokraten drei Redner vorschickten, um sich gegen die Freundschaftsanträge Virchow's zu verwahren und ihrem Haß durch Schmähungen gegen die Freisinnigen als die Vertreter des Capitalismus Luft zu machen. Virchow hielt ihnen vergebens den Antrag auf Einführung einer Reichseinkommensteuer als Beweis entgegen, wie die Freisinnigen die Interessen der ärmeren Volksclassen wahrnähmen, der Liebe Müh' war umsonst, die Socialdemokraten ließen sich nicht eines Besseren belehren.

Auch in die Berathungen des preußischen Abgeordnetenhauses drängt sich durch jede offene Spalte die Reichstagswahlbewegung hinein; am Freitag war das Hauptinteresse nicht sowohl auf die Nothlage der Landwirthschaft, zu deren Erleterung der Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums Gelegenheit bot, als auf das Wahlbündniß zwischen Centrum und Freisinnigen gerichtet. Windthorst machte in dieser Beziehung Eröffnungen, welche berechtigtes Aufsehen erregten. Er sprach von der Unmoralität des Fractionszwanges und erklärte, daß das Centrum von jeher den Grundsatz festgehalten habe, Niemanden zu zwingen, gegen seine Ueberzeugung zu handeln. „Wir suchen uns gegenseitig zu belehren, zu verständigen, kommt keine Verständigung zu Stande, so stimmt Jeder, wie er für gut hält, in wirthschaftlichen wie in anderen Fragen." Dann kritisirte Windthorst das Wahlcartell zwischen Conservativen und Nationalliberalen und äußerte, zu den Conservativen gewandt, daß die Nationalliberalen später nicht so zahm sein würden wie jetzt.

Ueber das Verhältniß zwischen Centrum und Freisinnigen sagt dann Windthorst noch in einer späteren Rede: daß die Grundsätze beider Parteien allerdings nicht zu verlöhnen seien, es bleibe deshalb nur übrig, durch Belehrung von beiden Theilen einen wenigstens theilweisen Ausgleich herbeizuführen.

Die Bestrebungen der Deutschfreisinnigen sind hiernach durchsichtig genug, sie sind vor Allem darauf gerichtet, die Wahlparole der verbündeten Conservativen und Nationalliberalen, das Septennat ihrer Bedeutung zu entkleiden und an ihre Stelle ein verschwommenes unerklärbares Etwas zu setzen, was die Einbildungskraft beschäftigt, ohne den Verstand in Mitleidenschaft zu ziehen nach dem Goethe'schen Recept: „Wo Begriffe fehlen, da stellt zu rechter Zeit ein Wort sich ein." Solche Worte sind: „Reaction", „Würde und Rechte des Reichstages", das „Wohl der ärmeren Volksclassen". Dann gilt es ferner, eine unbestimmte glückverheißende Aussicht in die Zukunft zu eröffnen, wie es die „Freisinnige Zeitung" mit ihrer nicht streng genug zu verurtheilenden Andeutung eines Thronwechsels gethan hat.

Das ganze deutschfreisinnige Parteigebäude, das noch nicht drei Jahre lang besteht, ächzt und kracht bereits in allen Fugen; seine Bewohner suchen überall nach Stützen in der sicheren Voraussicht, daß der Bau einstürzen muß, wenn die Stützen nicht rechtzeitig und am rechten Orte angesetzt werden. Die meiste Hoffnung bietet noch das Centrum, aber das weiß selbst nicht aus noch ein; Windthorst sucht seine Verlegenheit durch alle möglichen Luftsprünge zu verdecken, eifert gegen Fractionszwang, wirbt bei den Conservativen, daß sie in den Schooß des alleinseligmachenden Centrums zurückkehren und den lustigen Lockungen der Nationalliberalen widerstehen mögen. Dann wirft er wieder den Freisinnigen einen verstohlenen Blick des Einverständnisses zu, spricht von gegenseitiger Belehrung und sucht die wirthschaftlichen Fragen an die Stelle des Septennats zu bringen unter dem Vorgeben, daß die programmlosen Gegner des Centrums bald genug wieder bei ihnen Hülfe suchen würden. Programmlosigkeit, um keinen schlimmen Ausdruck zu wählen, ist allerdings das Hauptmerkmal der Deutschfreisinnigen; in dieser Partei haben sich alle Diejenigen zusammengefunden, welche nicht die Kraft in sich spürten, an dem einmal für Recht Erkannten unentwegt festzuhalten. Für eine Partei, die neben den verbündeten Regierungen im deutschen Reiche und, wenn es sein muß, auch im Gegensatze zu ihnen etwas Positives schaffen will, ist die Erfüllung zweier Bedingungen unerläßlich, sie muß national und sie muß liberal sein. Die Deutschfreisinnigen sind keins von Beiden, sie sind antinational, weil sie an den Grundlagen des deutschen Reiches rütteln, und sie sind illiberal, weil sie radicalen Bestrebungen zum Siege über die staatserhaltenden Kräfte verhelfen wollen. Die nationale Sache verlangt vor Allem, daß wir einig sind den äußeren Feinden des Reiches gegenüber nicht minder wie den innern. Wenn die Franzosen uns, im Besitz einer überlegenen Truppenzahl, den Krieg erklären, dann ist es nicht mehr Zeit, Vorkehrungen gegen die von dieser Seite drohende Friedensstörung zu treffen, wir müssen dafür sorgen, daß unsere Streitkräfte den Feinden im Westen vollständig gewachsen sind; deshalb ist es nicht freisinnig, gegen eine rechtzeitige Erhöhung unserer Wehrkraft für den unerläßlichen Zeitraum einzutreten, sondern thöricht. Herr Richter weist in der „Freisinnigen Zeitung" auf einen möglichen Thronwechsel hin. Wir hoffen und wünschen, daß unser Kaiser, der Schöpfer und Hort der deutschen Einheit, noch lange seines segensvollen Amtes walten möge, und wenn er der Natur seinen Tribut zollt, dann wird sein Nachfolger allerdings wissen, was er zu thun hat; er wird das ihm anvertraute Reich hüten und schirmen gegen äußere und innere Gefahren; aber als eine schwere Gefahr erachten wir auch die sogenannte freisinnige Partei, weil sie unter gleißendem Aushängeschild Kräfte verbirgt, deren Entfesselung das deutsche Reich nur dem Verderben entgegenführen kann. *

Leipzig, 30. Januar 1887.

* In der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Staatsministers, Staatssecretairs des Innern v. Bötticher abgehaltenen Plenarsitzung genehmigte der Bundesrath, dem Antrage der Direction des Norddeutschen Lloyd entsprechend, daß die deutschen Postdampfschiffe der australischen Hauptlinie auf der Fahrt zwischen Aden und Adelaide künftig an Stelle der Terbagos-Inseln den Hafen Colombo auf Ceylon anlaufen. Von dem Uebereinkommen mit England über das Sultanat Zanzibar und die Abgrenzung der deutschen und englischen Interessensphären in Ostafrika, sowie der Nachweisung über die den einzelnen Bundesstaaten bis Ende December 1886 überwiesenen Beträge an Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen nahm die Versammlung Kenntniß und beschloß, eine Eingabe, betreffend den Erlaß eines Gesetzes gegen die Verunreinigung der Wasserläufe durch die Cellulosefabriken durch den Beschluß des Bundesraths, betreffend die Aufnahme dieser Fabriken in das Verzeichniß der genehmigungspflichtigen gewerblichen Anlagen, für erledigt zu erachten. Anträgen, betreffend die Auslegung des §. 6 des Krankenversicherungsgesetzes bezw. des §. 100 des Unfallversicherungsgesetzes, wurde keine Folge zu geben beschlossen. Seitens der Ausschüsse für Handel und Verkehr wurde über Eingaben des Vorstandes der Vereinigung der Steuer- und Wirthschafts-Reformer zu Berlin Bericht erstattet. Es wurde beschlossen, die Eingaben, insofern sie dem Handwerker, Landwirth und kleinen Gewerbetreibenden den Credit der Reichsbank leichter zugänglich zu machen bezwecken, dem Reichskanzler zu überweisen. Der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Gemeindschaften, wurde den Ausschüssen für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen zur Vorberathung übergeben.

* Verschiedene Blätter brachten die Nachricht, es verlaute „aus ganz sicherer Quelle", daß ein süddeutscher Minister bei dem „Meinungsaustausch" im Bundesrathe über die Militairvorlage auf diejenigen Verhältnisse hingewiesen habe, welche die Neuwahlen nach seiner Ansicht als schwierig erscheinen ließen. Die officiösen „Berliner Politischen Nachrichten" sind, wie schon telegraphisch erwähnt, zu der Erklärung ermächtigt, daß auch in dieser Fassung die Nachricht, als hätte im Bundesrathe auch nur eine Stimme sich gegen die Auflösung des Reichstags vernehmen lassen, erfunden ist. Am 13. Januar fand ein „Meinungsaustausch" über die eventuelle Stellungnahme des Bundesraths zu einem die Regierungsvorlage ablehnenden Beschlusse des Reichstags statt; am 14. Januar lag der bekannte Antrag Preußens, betreffend die Auflösung des Reichstags, vor und dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Man sollte doch meinen, daß diese Thatsache der einstimmigen Annahme an sich hinreichend ist, um darzuthun, daß von keiner Seite Widerspruch erhoben worden ist.

* Daß der Papst in unzweideutiger Weise dem Centrum zu erkennen geben wollte, wie sehr er es bedauern würde, wenn in der Frage der deutschen Wehrkraft sich das Centrum in Gegensatz zu den Regierungsgewalten setzen werde, steht jetzt fest; selbst die Centrumsblätter gestehen es halbwegs zu. Daß der Papst die Mitglieder des Centrums nicht unter sonstiger Sündenschuld verpflichtet, ihnen nicht befohlen, sondern nur dringend gerathen habe, versteht sich von selbst. Aber wie es kommt, daß in einer so ausgesprochen zu Ungunsten der Opposition liegenden politischen Streitfrage der entschiedene Wunsch des Papstes nicht verhindern konnte, daß das Centrum sich mit den Vertretern und Vorkämpfern der Anarchie und den aussprechensten Widersachern der bestehenden Staatsgewalten verband, das bleibt unbegreiflich und bedarf noch der Aufklärung. Es wird behauptet, die Personen oder die wenigen Personen, an welche die päpstliche Kundgebung gerichtet gewesen, hätten dieselbe geheim gehalten und der versammelten Fraction nicht mitgetheilt, um für jeden Preis den Sieg der Regierungsvorlage zu verhindern. Wäre der gesammten Fraction bekannt gegeben worden, welch hohen Werth der Papst auf das Entgegenkommen des Centrums in dieser Frage lege, so wären zweifellos hinlänglich viele Mitglieder entschlossen gewesen, für die Regierungsvorlage einzutreten. Bei solcher Sachlage würde es sich freilich erklären, warum der Schritt des Papstes erfolglos blieb, aber unerklärlich würde es sein, wie die betreffenden Führer ihrer Fraction gegenüber es verantworten können, daß sie die wichtige Thatsache verschwiegen.

* Das leitende Organ der deutschfreisinnigen Partei, die „Vossische Zeitung", beginnt nun auch schon, über Herrn Eugen Richter's maßlose Eitelkeit sich lustig zu machen. Sie theilt folgende, wahrscheinlich von Herrn Eugen Richter selbst niedergeschriebene Notiz aus der „Freisinnigen Zeitung" des Herrn Eugen Richter mit: „Dieser Tage lief ein Brief ein, adressirt Herrn Abgeordneter Richter, „Mitglied des Bundesraths in Berlin". Ein Beamter des Bundesraths bemerkte auf der Rückseite: „Beim Bundesrath unbekannt"." — Herr Eugen Richter setzt dann triumphirend hinzu, daß der Brief gleichwohl an seine Adresse gelangt sei. Herr Eugen